

Termine

***Donnerstag, 29. Oktober 2020** 18:00 - 20:00 Uhr
Politisches Gespräch mit Matthias Zarbock
zum Bezirkswahlprogramm von DIE LINKE. Pankow zur Wahl der Bezirksverordnetenversammlung 2021 im Bürgerbüro Bluhm – Seidel – Wolf

***Sonntag, 7. November 2020** von 10:00 - 12:00 Uhr -
Ortsverbands-Mitgliederversammlung von Pankow Süd
im Münzenberg-Saal, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

*** Mittwoch, 11. November 2020**, um 17.30 Uhr, 36. Tagung der BVV im Bezirksamt, Fröbelstr. 17
(unter Vorbehalt)

***Mittwoch, 11. November 2020** 19:00 - 20:30 Uhr
Neumitgliedertreffen
Wir sind gespannt auf dich, wollen in lockerer Runde mit dir ins Gespräch kommen mit Abgeordneter Katrin Seidel, Ort: Bürgerbüro Bluhm – Seidel – Wolf

*** Sprechstunden der Abgeordneten Udo Wolf, Carola Bluhm und Katrin Seidel**

Montag: 11- 13 Uhr
Mittwoch: 10 - 12 Uhr
im Bürgerbüro in der Erich Weinert-Str. 6

DIE LINKE.
LANDESVERBAND BERLIN

Herausgeber:
Die Linke. Pankow
Ortsverband Pankow Süd
Post an:
Die Linke.-Geschäftsstelle,
Fenn-Str. 2
13347 Berlin
Tel.: (030) 44 01 77 80
E-Mail:
bezirk@die-linke-pankow.de

Kinos in Pankow, Erinnerungen

Die Zeit nach dem 2. Weltkrieg war ähnlich wie die 20er und 30er Jahre des 20. Jahrhunderts eine Blütezeit des Kinos. Das Fernsehen war zwar schon erfunden, aber weit davon entfernt, die Familienabende zu dominieren. Gerade in der Nachkriegszeit war das Bedürfnis groß, wenigstens für Stunden die alltäglichen Sorgen und Nöte zu vergessen. Die Filmtheater waren voll, oft ausverkauft, und mancher unter unseren älteren Leserinnen und Lesern wird sich noch an unvergessliche Erlebnisse im Kino erinnern. Zu meinen persönlichen Highlights zählten die Filme „Sie tanzte nur einen Sommer“ und „Die Kraniche ziehen“.

Als ich 1956 nach Berlin und 1959 nach Pankow kam, gab es noch eine große Zahl von Filmtheatern. Besonders viele Kinos spielten rund um den Alexanderplatz, zum Beispiel in der Münzstraße. Neben großen Kinosälen existierten auch zahlreiche kleine Flohkinos, manche nur mit zwei Sitzen nebeneinander. Ich kann nicht sagen, ob der Name von der minimalen Größe der Kinos abgeleitet war, oder ob sie so hießen, weil man sich dort leicht einen von diesen Plagegeistern einfangen konnte.

In Stadtmitte war die Konzentration der Lichtspieltheater am größten, aber auch im benachbarten Prenzlauer Berg gab es 52 und in Altpankow noch 18 Kinos (Quelle: Kinowiki) – kein Vergleich mit den wenigen heute noch bestehenden Filmtheatern. Viele von uns haben dieses allmähliche Kinosterben miterlebt. Von unserer Wohnung in der Brennerstraße aus hatte man Ende der 50er Jahre noch viele Möglichkeiten, Filme zu schauen. Gleich nebenan in der Berliner Straße 53/54 spielten die 1931 gegründeten Odeum-Lichtspiele, die mit ihren über 600 Plätzen zu den mittelgroßen Häusern gehörten. 1945 war das Kino bei einem Bombenangriff erheblich beschädigt worden, nahm aber dennoch nach Kriegsende seine Tätigkeit wieder auf und bestand bis 1965. Einige Schritte mehr brauchte man, um Berlins ältestes Filmtheater, das Tivoli, in der Berliner Straße 27 zu erreichen. Dieses Kino war schon 1895 gegründet worden. Hier zeigten die Gebrüder Skladanowsky in ihrem Bioskop lebende Bilder und gehörten damit zu den Gründervätern des Films. Das mehrfach umgebaute Kino wurde 1994 geschlossen.

Eine Bürgerinitiative und auch Filmschaffende – darunter der bekannte Regisseur Wim Wenders – bemühte sich, den Abriss des Filmtheaters zu verhindern, aber seine Erhaltung scheiterte letztlich an den fehlenden finanziellen Mitteln.

H. Sommer

(Fortsetzung folgt)

Kiezblatt

Oktober 2020

Für Pankow Süd (www.die-linke-pankow.de/ueber-uns/mitglieder/ortsverbaende/)

Business as usual

Anfang September stellte sich der deutsche Finanzminister Olaf Scholz im Plenum des Bundestags den Fragen der Abgeordneten. Scholz, der kürzlich auch von der SPD zu ihrem Kanzlerkandidaten ausgerufen worden war, sah dabei nicht sonderlich gut aus. Zwei große Themenkomplexe setzen ihn derzeit besonders unter Druck: der Skandal um die Wirecard-AG, ein deutscher DAX-Konzern, der nach schweren Betrugsvorwürfen Insolvenz anmelden musste und wo im Vorfeld sämtliche staatliche Kontrollmechanismen versagt haben sowie der Cum/Ex-Komplex. Der etwas seltsame Name steht für einen ausgebufften Steuerbetrug, bei dem international agierende Banken Steuererstattungen kassierten auf Steuern, die nie gezahlt worden waren. Tief verwoben in diesen Skandal ist die Londoner Rechtsanwaltskanzlei Freshfields, die auch in Berlin am Potsdamer Platz eine Dependence unterhält. Es war also in besagter Fragestunde naheliegend zu fragen, was eigentlich Unternehmen vom deutschen Staat zu befürchten haben, die in derartige Machenschaften involviert waren und ob es eben beispielsweise Überlegungen im Finanzministerium gäbe, Freshfields oder andere von staatlichen Vergaben auszuschließen.

Die Antwort jenes Mannes, der 2016 als Erster Bürgermeister der Hansestadt Hamburg ausgerechnet jenem Bundesland

vorstand, dessen Steuerbehörde damals als einzige auf Rückzahlungen verzichtete, immerhin 47 Millionen Euro, ist entsprechend nonchalant. Es sei, so Scholz, „zunächst so, dass wir auf viele Weise dafür Sorge tragen wollen, dass diejenigen, die daran verdient haben, das auch wieder herausgeben müssen“. „Wollen“, nicht „werden“. Da kann man schon jetzt befürchten, was dabei herauskommt. Zum Schluss seiner Ausführungen zieht Scholz noch eine ganz persönliche Schlussfolgerung, die allerdings eben auch keine regierungsamtliche ist: „Ich für mich habe jedenfalls in Bezug auf die von Ihnen genannte Anwaltskanzlei gesagt: Ich kann mir nicht vorstellen, dass da neue Aufträge erteilt werden.“

Wohlvollend könnte man nun also meinen, dass zumindest für die Dauer einer Schamfrist ein gemeinsames Agieren von Freshfields und dem Finanzministerium eher obsolet wäre. Doch weit gefehlt. Nur kurz danach lädt die Kanzlei auf ihrer Webseite zu einer von ihr organisierten virtuellen Konferenz ein, es geht um europäische Regulierungen bei Vermögenswerten auf Basis von Kryptowährungen. Als eine zentrale Referentin wird die Leiterin des Bereichs Finanzmarktpolitik im Bundesministerium der Finanzen angekündigt. Distanz zu einem schwerbelasteten Unternehmen sieht dann doch anders aus.

Stefan Liebich,
Mitglied des Bundestages